

SoVD · Kurfürstenstraße 131 · 10785 Berlin

**Landesgeschäftsstelle
Landesvorsitzende**
Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer
Tel. 030 – 26 39 38 – 20
Mobil: 0170 335 1445
Fax 030 – 26 39 38 - 29
ursula.engelen-kefer@sovd-bbg.de

Pressemitteilung

SoVD: Inklusion statt Armut!

30.09.2021

Ein „Sofortprogramm zur Inklusion statt Armut“ fordert die Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Ursula Engelen-Kefer von den neu gewählten Berliner Abgeordneten für den Bundestag sowie das Berliner Abgeordnetenhaus. Bei der Finanz- und Haushaltspolitik in und nach Corona dürfe nicht der Rotstift zu Lasten der sozial Schwächeren angesetzt werden. Die von CDU und FDP propagierten Steuersenkungen für Wohlhabende seien der verkehrte Weg. Sie verschärften die Ungerechtigkeit und Spaltung der Gesellschaft. Vielmehr sei ein gerechter Anteil von den starken Schultern einzuholen. *„Wir fordern die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer“*, so Engelen-Kefer.

Für den SoVD komme es jetzt darauf an, Regierungskoalitionen für Soziale Gerechtigkeit auf Bundes- und Landesebene zu bilden. Hierbei gewinnen sowohl Wohnen wie Klima- und Umweltschutz zunehmende Bedeutung. *„Gerade für Menschen mit kleinem Portemonnaie sind die durch Klimaschutz steigenden Kosten bei Wohnumfeld, Verkehr, sozialer Infrastruktur und Pendelwegen ausschlaggebend.“* In keinem Fall dürften sozial schwache und benachteiligte Menschen noch weiter in Armut gedrängt werden. Es sei eine Bringschuld der Politik, dafür zu sorgen, dass alle Bürger an bezahlbarem Wohnraum sowie Klima- und Umweltschutz gleichberechtigt teilhaben. Dies sei unabdingbare Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft.

Der SoVD bekräftigt seine sozialpolitischen Forderungen. Im Mittelpunkt steht die Bekämpfung von Armut bei Arbeit, im Alter und bei Pflegebedürftigkeit. *„Dazu gehören auch eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard im Alter wieder maßgeblich sichert, sowie ein armutsfester Mindestlohn von 13 Euro“*, so Engelen-Kefer. *„Die von der FDP propagierte Aktienrente auf Kosten der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung lehnen wir entschieden ab.“*

Der SoVD wird mit Nachdruck verfolgen, ob und inwieweit die jetzt gewählten Abgeordneten für Bundestag und Berliner Abgeordnetenhaus seinen Anforderungen nachkommen.